

INHALT

1. Abstimmung über Gottesbezug in der Verfassung in diesem Monat
2. SPD, Grüne und SSW verhindern Anhörung zu Mindestabstand von Windkraftanlagen
3. CDU will Polizei für den Umgang mit Terroranschlägen besser aufstellen
4. Meyer kann sich bei Erbschaftssteuerreform im Kabinett nicht durchsetzen
5. Nach wie vor Probleme beim Digitalfunk der Polizei
6. CDU fordert Verbesserungen bei der Städtebauförderung
7. Wirbel um Einbruchszahlen
8. CDU will Schleswig-Holstein für Unternehmen attraktiver machen
9. CDU-Landtagsfraktion für bessere Nachwuchsarbeit im Sport
10. SPD, Grüne und SSW lehnen Wohlfahrtsgesetz ohne Anhörung ab

08.07.2016

Abstimmung über Gottesbezug in der Verfassung in diesem Monat Befürworter einigen sich auf gemeinsame Formulierung

In der Julisitzung des Landtags steht die Abstimmung über den Gottesbezug in der Präambel der Landesverfassung an. Die Befürworter haben sich in dieser Woche – wie vom CDU-Fraktionsvorsitzenden Daniel Günther vorgeschlagen - auf eine gemeinsame Formulierung verständigt (Link siehe unten). Sie basiert auf dem Entwurf von Ralf Stegner und Martin Habersaat, von CDU-Abgeordneten gewünschte Änderungen wurden komplett aufgenommen.

Abgeordnete aller Fraktionen konnten gewonnen werden. Seitens der Piraten unterstützt Wolfgang Dudda, bei der FDP Oliver Kumbartzky und beim SSW Jette Waldinger-Thiering den Vorschlag. CDU-Fraktionschef Daniel Günther zeigte sich optimistisch, dass mindestens 20 der 22 CDU-Abgeordneten dafür stimmen werden. „Das ist nicht alltäglich, wenn der Vorschlag von Ralf Stegner kommt“, so Günther in einer gemeinsamen Pressekonferenz mit seinem SPD-Kollegen. Er hoffe, dass Stegner in seiner eigenen Fraktion genau so viel Unterstützung erhalte.

Der allerdings wollte sich unter Verweis auf den aufgehobenen Fraktionszwang nicht festlegen. Gleiches galt für die Grüne Fraktionsvorsitzende Eka von Kalben. Bei FDP, Piraten und SSW wird davon ausgegangen, dass jeweils nur ein Abgeordneter zustimmen wird. Für die notwendige Zweidrittel-Mehrheit müssen 46 Stimmen erreicht werden.

Link zum Vorschlag:

<http://www.cdu.ltsh.de/media/praeambel.pdf>



Pressekonferenz zum Gottesbezug in der Präambel

SPD, Grüne und SSW verhindern Anhörung zu Mindestabstand von Windkraftanlagen Günther: Katastrophales Signal an die Menschen im Land



Daniel Günther, Fraktionsvorsitzender der CDU-Fraktion

Kaum ein landespolitisches Thema wird derzeit so kontrovers diskutiert, wie der Mindestabstand von Windkraftanlagen zu bebauten Gebieten. In dieser Woche standen entsprechende Anträge aller Oppositionsfraktionen auf der Tagesordnung des Wirtschaftsausschusses – unter anderem die Forderung der CDU, den Mindestabstand zu Einzelhäusern auf 500 und zu Siedlungen auf 1200 Meter zu erhöhen.

Noch in der Plenardebatte über die Anträge hatte die Landesregierung eine ernsthafte Prüfung aller Vorschläge zugesagt. In dieser Woche lehnten die Regierungsfaktionen eine mündliche Anhörung zu dem Thema ab. „Das ist ein katastrophales Signal an die Menschen im Land. Schon mit dem neuen Abstandserlass hat Ministerpräsident Albig sein Versprechen gebrochen, über die Mindestabstände zu sprechen. Nun lässt er durch SPD, Grüne und SSW eine parlamentarische Anhörung verhindern. Das wird die schwierigen Diskussionen vor Ort zusätzlich befeuern“, sagte der CDU-Fraktionsvorsitzende Daniel Günther dazu in Kiel.

Überall im Land nehme die Akzeptanz für Windkraftanlagen ab. Die von Minister Habeck in den Regionen abgehaltenen Informationsveranstaltungen seien spätestens nach der heutigen Ablehnung einer Anhörung als reine Alibiveranstaltungen entlarvt worden.

„Die Menschen haben längst erkannt, dass dieser Pseudodialog sie nur so lange beruhigen soll, bis die Gesetze verabschiedet sind. SPD, Grüne und SSW ziehen ihren Kurs knallhart durch“, so Günther.

CDU will Polizei für den Umgang mit Terroranschlägen besser aufstellen **Antrag fordert bessere Ausstattung und Ausbildung**

Das Risiko terroristischer Anschläge ist in Deutschland nach wie vor hoch. Während die Spezialkräfte größtenteils über eine entsprechende Ausstattung und Ausbildung im Umgang mit paramilitärisch ausgebildeten und ausgerüsteten Terroristen verfügen, sieht es bei den Polizeikräften ganz anders aus.

Ein von CDU-Polizeiexperte Dr. Axel Bernstein gestellter Antrag sieht vor, das zu ändern. Demnach soll nicht nur die Leistungsfähigkeit von Polizei und Verfassungsschutz im Hinblick auf die Beobachtung gewaltbereiter Extremisten fortlaufend überprüft und angepasst werden, auch die Reaktionsfähigkeit der Polizei auf terroristische Akte soll verbessert werden.

„Unsere Polizeikräfte müssen in die Lage versetzt werden, im Falle eines terroristischen Anschlags die Situation vor Ort so lange einzudämmen, bis die Spezialkräfte eintreffen und übernehmen“, forderte Bernstein. Dafür müsse sowohl die Ausstattung mit Schutzausrüstung, Waffen und Fahrzeugen, als auch die Ausbildung angepasst werden.

Link zum Antrag:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/4400/drucksache-18-4400.pdf>



Dr. Axel Bernstein, polizeipolitischer Sprecher

Meyer kann sich bei Erbschaftssteuerreform im Kabinett nicht durchsetzen **Schleswig-Holstein ruft mit anderen rot/grün regierten Ländern Vermittlungsausschuss an**

Nach der Einigung von CDU/CSU und SPD auf eine Reform der Erbschaftssteuer hatte Wirtschaftsminister Reinhard Meyer eine Zustimmung Schleswig-Holsteins im Bundesrat empfohlen. Die Betriebe könnten damit „gut leben“, hatte er gegenüber Medienvertretern

erklärt. Danach zeichnete sich allerdings ab, dass die rot/grün regierten Länder die Einigung im Bundesrat blockieren wollten. In dieser Woche entschied sich auch das Landeskabinett, den Vermittlungsausschuss anzurufen.

CDU-Wirtschaftsexperte Johannes Callsen kritisierte dies scharf: „Die gestrige Kabinettsentscheidung zeigt einmal mehr, welchen Stellenwert Meyers Meinung in der Albig-Regierung hat“. Ein Minister, der Verständnis für die Bedürfnisse der Unternehmen zum Ausdruck bringe, helfe dem Mittelstand nicht, so lange er keine entsprechende Politik im Kabinett durchsetze.

„Angesichts des mangelnden Durchsetzungsvermögens ist es kein Wunder, dass der Mittelstand kein Vertrauen in diesen Wirtschaftsminister hat“, so Callsen. Bemerkenswert sei in dieser Angelegenheit auch das Schweigen des Ministerpräsidenten.

„Albig trägt gegen den öffentlichen Rat seines eigenen Wirtschaftsministers die gegen die Unternehmen im Land gerichtete Anrufung des Vermittlungsausschusses mit. Das zeigt insgesamt, wie wenig die Unternehmen im Land von dieser Regierung erwarten können“, so Callsen.

Nach wie vor Probleme beim Digitalfunk der Polizei

Nicolaisen: Beamte müssen sich auf ihre Technik verlassen können

Einmal mehr ging es in dieser Woche um die Frage, ob der Digitalfunk der Polizei einwandfrei funktioniert. Am vergangenen Wochenende war bekannt geworden, dass ein Beamter in Glinde bei einem Einsatz attackiert und verletzt wurde. Er hatte versucht, über Funk Hilfe anzufordern, die Leitstelle jedoch nicht erreicht. Seitens des Ministeriums wurde zunächst von einem Bedienerfehler gesprochen.

Die innenpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Petra Nicolaisen, kritisierte dies scharf und forderte einen Bericht im Innen- und Rechtsausschuss. „Die seit Jahren nicht gelösten Probleme beim Digitalfunk verunsichern die Polizisten zutiefst. Sie müssen sich auf ihre Einsatztechnik verlassen können“, so Nicolaisen. Gegenüber dem verletzten Beamten sei der Vorwurf eines Bedienerfehlers auch vor diesem Hintergrund unfair.

Im Ausschuss konnte das Ministerium keine zweifelsfreie Aufklärung leisten, weshalb die Verbindung nicht zustande kam. Allerdings gibt es landesweit nach wie vor dreizehn erkannte Problembereiche – einer davon liegt in Glinde. SPD-Polizeiexpertin Simone Lange sprach davon, dass der Digitalfunk insgesamt „gut und verlässlich“ funktioniere. Nicolaisen widersprach und forderte eine umgehende Nachbesserung. Der Digitalfunk eigne sich nicht als technische Spielwiese. Es gehe um die Sicherheit der Bürger und Beamten. „Die Schönrederei des Innenministers und der Regierungsfaktionen macht alles nur schlimmer“.

CDU fordert Verbesserungen bei der Städtebauförderung

Förderrichtlinie soll angepasst werden

Seit Monaten macht die CDU-Fraktion Druck bei der Städtebauförderung. Das Problem: Kommunen müssen derzeit fünf Prozent Strafzinsen an das Land zahlen, wenn sie Mittel nicht fristgerecht abrufen. Teilweise sind das Millionenbeträge. Die Kommunen sehen die Schuld für die Verzögerungen beim Innenministerium, weil dort die Anträge nur schleppend bearbeitet werden.

Mit einem Antrag für die kommende Landtagssitzung fordert die CDU-Fraktion unter anderem eine Senkung des Zinssatzes, eine deutliche Flexibilisierung der Regelungen. Antragstellerin Petra Nicolaisen: „Und natürlich sollen die Kommunen nicht länger Strafzinsen zahlen müssen, wenn die Verzögerung ihnen nicht angelastet werden kann. Das ist modernes Raubrittertum.“

Link zum Antrag:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/4400/drucksache-18-4402.pdf>



Petra Nicolaisen, innenpolitische Sprecherin

Wirbel um Einbruchszahlen

Innenministerium streicht Satz aus Konzept

In dieser Woche ging es einmal mehr um die Entwicklung der Einbruchszahlen. Die Kieler Nachrichten veröffentlichten ein aktuelles Konzept zur Einbruchsprävention. In der Begründung der Notwendigkeit des Konzepts ist von weiter steigenden Einbruchszahlen die Rede. Wörtlich heißt es: „Dieser Trend setzt sich auch im Jahr 2016 fort“.

CDU-Polizeiexperte Dr. Axel Bernstein forderte den Innenminister sofort auf, diese Aussage im Innen- und Rechtsausschuss zu erklären. Denn bislang hatte das Ministerium behauptet, dass sich die Einbruchszahlen im Laufe des Jahres 2016 deutlich reduziert hätten.

„Es war schlimm genug, dass der Innenminister im vergangenen Jahr erst auf erheblichen Druck der Öffentlichkeit die dramatische Entwicklung im Einbruchsbereich eingeräumt und entsprechende Maßnahmen hat ergreifen lassen. Wenn jetzt auch noch herauskommen sollte, dass die Zahlen geschönt wurden, wäre das ein Skandal“, so Bernstein.

Nachdem das Ministerium zunächst den Medien vorwarfen, statistische Daten falsch interpretiert zu haben, ruderte es am Mittwoch in der von der CDU beantragten Innen- und Rechtsausschusssitzung zurück. „Dieser Satz ist falsch“, so ein Abteilungsleiter. Bei der vor dem Erlass des Konzeptes erfolgten Abstimmung zwischen Landeskriminal- und Landespolizeiamt hätte diese falsche Aussage demnach auch auffallen müssen.

Innenminister Studt wies jede Kritik vehement zurück. Bernstein betonte, angesichts immer neuer Koordinations- und Kommunikationsspannen im Innenministerium entstehe zunehmend der Eindruck, dass dort Sand im Getriebe sei. Der Minister sei ohne Frage nicht für jeden einzelnen Vorgang in seinem Haus verantwortlich. „Aber er ist dafür verantwortlich, dass der Laden läuft. Daran kommen zunehmend Zweifel auf“, so der CDU-Abgeordnete.

Auffallend sei darüber hinaus, dass einmal mehr die Mitarbeiter ihren Chef von jeder Schuld hätten freisprechen müssen. „Normalerweise übernehmen Minister die Verantwortung für ihren Apparat. Bei Stefan Studt ist es anders herum“, so Bernstein.

CDU will Schleswig-Holstein für Unternehmen attraktiver machen Acht-Punkte-Plan als Konsequenz sinkender Ansiedlungszahlen

Zu Zeiten von Ministerpräsident Peter Harry Carstensen hatte die Landesregierung das Ziel, Schleswig-Holstein zum ansiedlungsfreundlichsten Bundesland zu machen. Das ist lange vorbei. Seit drei Jahren ist die Ansiedlungsbilanz rückläufig.

CDU-Wirtschaftsexperte Johannes Callsen hat deshalb einen Acht-Punkte-Plan aufgestellt, den die Fraktion in dieser Woche als Antrag für die kommende Landtagssitzung gestellt hat. Unter anderem soll der Glasfaserstandard schneller als geplant flächendeckend sicher gestellt, die Verkehrsinfrastruktur verbessert und die Zusammenarbeit innovativer Unternehmen mit den Hochschulen stärker gefördert werden.

„Die Wirtschaft im Land wartet immer noch auf das erste wirtschaftsfreundliche Gesetz der Albig-Regierung. Wir setzen weiter die nötigen Impulse“, so Callsen.

Link zur Drucksache:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/4300/drucksache-18-4385.pdf>



Johannes Callsen, wirtschaftspolitischer Sprecher

CDU-Landtagsfraktion für bessere Nachwuchsarbeit im Sport Informationsbesuch bei der Handball-Akademie

In der Handball-Akademie in Flensburg werden derzeit 20 Nachwuchshandballer an den Spitzensport heran geführt. Die CDU-Landtagsabgeordneten Barbara Ostmeier und Petra Nicolaisen informierten sich in dieser Woche gemeinsam mit Flensburger Kommunalpolitikern in der Einrichtung. Das Internat bietet nahezu optimale Bedingungen für die schulische, persönliche und leistungssportliche Ausbildung. Wie groß das Interesse seitens des Sports an politischen Gesprächspartnern zum Thema Nachwuchsförderung ist, zeigte die Teilnehmerliste. Neben dem Direktor und dem Geschäftsführer der Akademie nahmen auch der Präsident des HVSH Karl-Friedrich Schwark und Landestrainer Thomas Engler sowie der Geschäftsführer des Handball-Bundesligisten SG Flensburg-Handewitt, Dierk Schmäschke, teil.

Sie unterstrichen die Notwendigkeit, im Nachwuchsbereich früh mit der leistungssportlichen Ausbildung zu beginnen. Die Herausforderung ist dabei, die schulische Ausbildung nicht zu vernachlässigen. Deshalb werde am Standort Flensburg dringend eine Partnerschule des Leistungssports benötigt, um noch gezielter die schulische Ausbildung mit dem Trainings- und Wettkampfbetrieb abzustimmen. Darüber hinaus äußerten die Vertreter des HVSH den Wunsch, dass Handball eine weitere Schwerpunktsportart des Landes wird.

Die sportpolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion, Barbara Ostmeier, sagte Unterstützung zu: "In Schleswig-Holstein ist Handball ein Volkssport und mit der SG Flensburg-Handewitt und dem THW Kiel haben wir gleich zwei Teams, die national und international seit Jahrzehnten zur Spitze gehören. Folgerichtig müssen wir die Rahmenbedingungen verbessern, um das Niveau im Spitzenhandball weiter halten zu können. Von der Nachwuchsarbeit in Flensburg profitieren ja auch andere Handball-Vereine", sagte Ostmeier.

Die kommunalpolitische Sprecherin Petra Nicolaisen nannte die Handball-Akademie einen Gewinn für die gesamte Region. „Und für junge Spieler bietet sie eine große Chance – gerade für diejenigen, die keinem großen Klub angehören“.



Barbara Ostmeier, sportpolitische Sprecherin

SPD, Grüne und SSW lehnen Wohlfahrtsgesetz ohne Anhörung ab Entwurf der CDU wird von Wohlfahrtsverbänden einhellig unterstützt

SPD, Grüne und SSW haben in dieser Woche den Gesetzentwurf der CDU-Fraktion für ein Wohlfahrtsgesetz abgelehnt. Nicht einmal eine mündliche Anhörung ließen sie zu. Die schriftlichen Rückmeldungen – insbesondere der Wohlfahrtsträger – waren zuvor durchweg positiv. Sie würden begrüßen, wenn ihre Arbeit und auch die Zusammenarbeit mit dem Land endlich gesetzlich geregelt würde.

Daraus wird nun nichts. CDU-Sozialpolitikerin Katja Rathje-Hoffmann hatte nach der ersten Lesung im Landtag mehr Offenheit erwartet. Sie zitierte in dieser Woche aus der Landtagsrede ihrer grünen Kollegin Marret Bohn: „Wir Grünen können die guten Argumente alle nachvollziehen und ich sage ganz deutlich: Wir stehen einem solchen Gesetz positiv gegenüber.“ Bohn warb ausdrücklich „für die weitere Beratung im Sozialausschuss.“

Rathje-Hoffmann warf SPD, Grünen und SSW vor, einmal mehr eine Debatte zu unterdrücken, in der sie eindeutig die schlechteren Argumente hätten. „Einer öffentlichen Debatte stellen

SPD, Grüne und SSW sich nur, wenn sie gelobt und gepriesen werden. Das ist Parlamentarismus zum abgewöhnen“, so Rathje-Hoffmann.

Link zum Gesetzentwurf:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/3800/drucksache-18-3809.pdf>



Katja Rathe-Hoffmann, sozialpolitische Sprecherin

V.i.S.d.P
CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag
Dirk Hundertmark, Pressesprecher
Tel.: 0431/988-1440
dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de